



ARBEITSÜBEREINKOMMEN

Niederösterreich weiterbringen

Arbeitsübereinkommen
Volkspartei Niederösterreich und FPÖ Niederösterreich
2023-2028



INHALT

PRÄAMBEL	4
ARBEIT	7
BILDUNG	8
EUROPA & INTERNATIONALES	10
FAMILIE & KINDER	11
FINANZEN & BUDGET	12
GEMEINDEN	13
GESUNDHEIT	14
INTEGRATION	16
KULTUR	18
LANDWIRTSCHAFT, TIERWOHL & LÄNDLICHER RAUM	20
PFLEGE	22
SICHERHEIT	24
SOZIALES & KAMPF GEGEN DIE TEUERUNG	25
SPORT	26
TOURISMUS & GASTRONOMIE	27
UMWELT, KLIMASCHUTZ, ENERGIE & RAUMORDNUNG	28
VERKEHR	30
WIRTSCHAFT	32
WISSENSCHAFT	33
WOHNEN	34
ZUSAMMENARBEIT	36

PRÄAMBEL

Ernsthaft arbeiten, ehrlich handeln:

Gräben schließen – Niederösterreich weiterbringen

Verantwortung und Vernunft: Das sind die Leitlinien unserer Arbeit für Niederösterreich. Im Bewusstsein, welche Aufgaben uns anvertraut sind. Im Wissen, was in dieser herausfordernden Zeit notwendig ist. Verantwortung und Vernunft: Im Geiste dieser Werte haben wir das vorliegende Arbeitsprogramm für die XX. Gesetzgebungsperiode des Niederösterreichischen Landtags erstellt.

Niederösterreich in dieser Zeit zu gestalten braucht das Bekenntnis zu einer Zusammenarbeit, die die Anliegen und Bedürfnisse der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher nach vorne stellt.

Wir gehen in die kommenden fünf Jahre mit dem Willen, ernsthaft zu arbeiten und ehrlich zu handeln, um Niederösterreich weiterzubringen. Unsere Landesverfassung sieht vor, dass in der Landesregierung alle politischen Parteien ab einer gewissen Größe vertreten sind. Ihr liegt der Gedanke der Gemeinsamkeit zugrunde. Mit diesem Geist wollen wir die Zusammenarbeit mit allen Parteien in der Landesregierung und im Landtag versuchen – mit Professionalität, Aufrichtigkeit und gegenseitiger Wertschätzung, um unserer Verpflichtung für das Land gerecht zu werden.

Verantwortung und Vernunft sind unsere Leitlinien. Ernsthaft arbeiten und ehrlich handeln ist unser Zugang. Niederösterreich weiterbringen ist unser Ziel. Für die Chancen unseres Landes – für die Zukunft der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher.

Wir setzen in allen Lebensbereichen mit konkreten Maßnahmen an – von der Familie über die Arbeitswelt bis zu Sport und Kultur, von der Bildung über die Gesundheit bis zur Pflege, von der sozialen Sicherheit über die Versorgungssicherheit hin zum Schutz vor Gewalt und Verbrechen. Überall ist es unser Ziel, optimale Rahmenbedingungen für die Entfaltung positiver Potentiale zu schaffen. Wir fördern, wo wir den Nutzen für Land und Leute vervielfältigen können. Wir unterstützen, wo es die Not gebietet.

In Not und Bedrängnis geraten immer mehr Menschen durch die fortgesetzte Teuerung. Für uns steht daher fest, dass Niederösterreich – wie schon in der Vergangenheit – über die Maßnahmen des Bundes hinausgehen und zusätzlich zu den in diesem Übereinkommen festgelegten Schritten weitere konkrete Hilfe leisten wird, wenn es die Entwicklungen erfordern. Wir werden niemanden im Stich lassen.

Wir beginnen diese Arbeit in einer Phase, die bestimmt ist von internationalen Krisen und ihren Folgen – und von den Gräben, die sie in Gesellschaft und Politik hinterlassen haben. Niederösterreich in den kommenden fünf Jahren zu gestalten, heißt deshalb: Die Menschen im Land wieder zusammenzuführen. Dabei sind wir uns bewusst, dass es auch die Politik selbst war, die zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen hat.

Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau

Udo Landbauer
LH-Stellvertreter

Stephan Pernkopf
LH-Stellvertreter

Christoph Luisser
Landesrat

Christiane Teschl-Hofmeister
Landesrätin

Susanne Rosenkranz
Landesrätin

Ludwig Schleritzko
Landesrat

Reinhard Teufel
Klubobmann der Freiheitlichen Partei NÖ

Jochen Danninger
Klubobmann der Volkspartei NÖ

CORONA

Gräben schließen – Verantwortung übernehmen

Mehr als drei Jahre lang haben Pandemie und Corona-Maßnahmen das Leben der Bevölkerung in allen Lebensbereichen massiv beeinflusst. Verantwortungsvolle Politik bedeutet, kritisch zurückzublicken, Fehler einzugestehen und aus ihnen zu lernen. Wir wissen, dass durch die Pandemie und eine Reihe von Maßnahmen Schäden entstanden sind.

Wir verständigen uns daher darauf, die im Zuge der Pandemie gesetzten Maßnahmen aufzuarbeiten und Maßnahmen zu setzen, die entstandene Schäden – so gut dies möglich ist – wieder gut zu machen.

1. Das Land Niederösterreich richtet auf die Dauer von zwei Jahren ab Errichtung einen Fonds in der Höhe von 30 Millionen Euro ein, der die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen evaluiert und mit Budgetmitteln für den Ausgleich von negativen Auswirkungen dotiert wird. Aus diesem Fonds sollen etwa Beratungsleistungen im Fall individueller Schäden, medizinische Betreuung von Menschen mit Impfbeeinträchtigungen, Kosten zur Behandlung psychischer Probleme, allfällig erforderliche Therapien, Mehraufwendungen für Heimunterricht, sonstige erforderliche Unterstützungen in erster Linie für Kinder und Jugendliche wie zum Beispiel Gutscheine für Nachhilfe, Freizeitaktivitäten, etc. finanziert werden. Diesbezüglich wird die Landesregierung entsprechende Förderrichtlinien erlassen.
2. Das Land Niederösterreich wird jene – wegen Verletzung von Corona-Beschränkungen bezahlten – Strafgerichte von Amts wegen an die Betroffenen persönlich rückerstatten, die aufgrund von Bestimmungen verhängt wurden, die in der Folge vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden sind.
3. Die Summe der weiteren dem Land zugeflossenen Strafgerichte von ungefähr 1,3 Millionen Euro werden vom Land Niederösterreich in den Fonds gemäß Punkt 1 eingebracht und so Personen zugutekommen, die durch die Pandemie Schaden genommen haben.
4. Das Land Niederösterreich hat die Corona-Impfpflicht für Mitarbeiter aufgehoben und steht als Arbeitgeber wieder all jenen ehemaligen Mitarbeitern offen, die auf Grund der eingeführten Corona-Impfpflicht ihrer Tätigkeit nicht weiter nachgehen konnten.
5. Das Land Niederösterreich wird alle Bewerber, deren Bewerbung für eine Stelle im Landesdienst auf Grund ihres Corona-Impfstatus nicht weiter verfolgt wurde, zu einer neuerlichen Bewerbung einladen. Voraussetzung bleiben selbstverständlich die allgemeinen Aufnahmekriterien.
6. Dort, wo das Land Niederösterreich die Personalhoheit ausübt, werden keine Maßnahmen gesetzt, die auf eine direkte oder indirekte Corona-Impfpflicht hinauslaufen.
7. Das Land Niederösterreich wird gesetzliche Anpassungen gegen eine Diskriminierung aufgrund des Corona-Impfstatus im Bereich des Landes vornehmen.
8. Das Land Niederösterreich wird keine Werbemaßnahmen mehr für die Corona-Impfung durchführen.
9. In den Kliniken der Landes-Gesundheitsagentur wird mit 30.4.2023 die Corona-Maskenpflicht für alle Mitarbeiter aufgehoben.
10. Das Land Niederösterreich richtet unabhängig vom Fonds gem. Punkt 1 eine unabhängige, unbefangene und weisungsfreie Evaluierungskommission ein, die sich mit den Maßnahmen, Auswirkungen und Folgen der Corona-Pandemie wie z.B. Schulschließungen und Ausgangsbeschränkungen auseinandersetzen und diese aufarbeiten wird. Die Ergebnisse dieser Kommission sollen für das Land Orientierung für Maßnahmen im Falle einer allfällig neuerlich auftretenden Pandemie sein.

ARBEIT

Alles für Arbeit und Aufschwung

Arbeit ist eines der wichtigsten Anliegen unserer Landsleute – und das macht es zur wichtigsten Aufgabe unserer Politik. Wir wollen und werden weiterhin alles dafür tun, um die Landsleute in Beschäftigung zu halten und Arbeitslose rasch wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern und die Potentiale unserer Landsleute zu fördern.

Unsere Betriebe brauchen die besten Köpfe: Das bedeutet auch, das Image der Lehre weiter zu steigern und noch mehr in die Lehrlingsausbildung und -förderung zu investieren. Denn die Lehrlinge von heute sind die Fachkräfte von morgen.

Wir kämpfen engagiert gegen die Langzeitarbeitslosigkeit und legen einen Fokus auf die Inklusion von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz. Wir sind davon überzeugt, dass Menschen mit Behinderungen über viele Kompetenzen, Talente und Potentiale verfügen, die für viele Betriebe eine Bereicherung darstellen. Unser Ziel ist es daher, behinderte oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen entsprechend ihren individuellen Möglichkeiten beim Zugang zu Arbeit und Beschäftigung zu unterstützen.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Klares Bekenntnis zur und Aufwertung der Lehre:
 - Weiterführung der Lehrlingsoffensive mit Fokus auf Ausbildung für benachteiligte Jugendliche
 - Evaluierung und darauf aufbauend bedarfsgerechter Ausbau der Überbetrieblichen Lehrwerkstätten und Öffnen auch für Personen, die auf einen neuen Beruf umsteigen wollen
 - Attraktivierung der Lehrlingsbegabtenförderung des Landes Niederösterreich für Abschlüsse mit Ausgezeichnetem Erfolg
 - Niederösterreich zum Land der Meister machen durch besondere Unterstützungsformen
- Bedarfsorientierte Fachkräfte-Ausbildung auf Basis anstehender Betriebsansiedelungen
- EU-Fördermittel optimal für Zwecke der Lehrlingsausbildung durch Betriebe nutzen und weitere Unterstützungsmöglichkeiten prüfen
- Berufs-Informations-Messe (BIMS) in den niederösterreichischen Regionen etablieren
- Maßnahmen wie den NÖ Handwerkerbonus bei konjunkturellem Bedarf forcieren
- Damit alle Arbeitnehmer auch Aus- und Weiterbildung wahrnehmen können, wird vom Bund die Prüfung einer außerordentlichen Karenzierungs- und Dienstfreistellungsmöglichkeit gefordert
- Der Bund ist aufgefordert, eine eigene sozialrechtliche Absicherung für behinderte Menschen bei Tätigkeit in Behindertenwerkstätten zu prüfen und gegebenenfalls sicherzustellen

BILDUNG

Die besten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben

Gemeinsam wollen wir das Bildungssystem für unsere Kinder und Jugendlichen stetig weiter verbessern. Aus- und Weiterbildung legen den Grundstein für ein selbstbestimmtes, leistungsorientiertes Leben. Dazu ist es notwendig, auch die Anforderungen und Erwartungen der Arbeits- und Wirtschaftswelt im Fokus zu haben und flexibel zu reagieren, um die künftigen Herausforderungen meistern zu können.

Ein Kernanliegen ist es, den Lehrerberuf attraktiver zu gestalten. Dies soll gelingen, indem die Lehrerausbildung kürzer, bedarfsorientierter und praxisnäher gestaltet wird. Zur Weiterentwicklung in diesem Sinne soll gemeinsam an den Bund herangetreten werden.

Zudem braucht es wieder eine eigene Ausbildung für den Bereich der Sonderpädagogik; die Sonderschulen sollen jedenfalls erhalten bleiben und die Kinder dort weiter von auf ihre Bedürfnisse hin ausgebildeten Fachkräften unterrichtet werden. Für die Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf soll volle Wahlfreiheit geschaffen werden, ob die Kinder inklusiv in Regelschulen oder in Sonderschulen unterrichtet werden. Niederösterreich wird grundsätzlich diesen Kindern ein 11. und 12. Schuljahr selbst anbieten und sich für eine Umsetzung eines diesbezüglichen Rechtsanspruchs auf Bundesebene stark machen.

Zur Unterstützung der Lehrer braucht es immer wieder Unterstützungspersonal in den Schulen. Um die Belastungen der Gemeinden im Bereich der Stützkräfte gleichmäßiger zu verteilen und die Zuteilung zu objektivieren, wird gemeinsam an neuen Lösungsansätzen gearbeitet.

Schulen sollen durch interne Differenzierung, etwa durch Begabtenklassen, im Rahmen ihrer Schulautonomie ihr Angebot an Schüler und Eltern weiter attraktivieren. Die Schwerpunktsetzung soll auch in Volks- und Mittelschulen stärker als bisher angewendet werden. Besonderes Augenmerk soll auf ein modernes Angebot gelegt werden, etwa im Bereich der MINT-Fächer.

Kooperationen zwischen Schulen sollen in den Regionen auch zwischen verschiedenen Schultypen verstärkt stattfinden, beispielsweise zwischen landwirtschaftlichen Fachschulen und matura-führenden Schulen.

Die Polytechnische Schule soll zu einem noch attraktiveren Schultyp zur Vorbereitung auf Lehre und Berufsleben weiterentwickelt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben soll dabei verbessert, auch arbeits- und versicherungsrechtliche Aspekte sollen besser berücksichtigt werden.

Deutschförderklassen werden hinsichtlich ihres Nutzens sowohl für die dort unterrichteten als auch die im Regelunterricht befindlichen Schüler evaluiert und bedarfsgerecht ausgebaut. Auf die Verbesserung der Deutschkenntnisse und die Verwendung der deutschen Sprache wird auch außerhalb des Regelunterrichts Wert gelegt, etwa durch die bewusste Entscheidung der Schulen, Deutsch als Pausensprache in der Hausordnung festzulegen.

Unsere Kinder haben ein Recht darauf, in einer gewaltfreien Umgebung aufzuwachsen. Das Lehrpersonal soll zukünftig mehr Möglichkeiten und Handhabe erhalten, gegen Gewalt an den Schulen vorzugehen. Daneben soll auch die Schulsozialarbeit in Zusammenarbeit mit bestehenden Sozial-einrichtungen forciert werden, um allen Schülern eine Teilnahme in der Klassengemeinschaft zu ermöglichen, ohne unter dem Fehlverhalten einzelner Schüler leiden zu müssen.

Für Aktivitäten niederösterreichischer Schulen im Bereich Sport und Kultur sollen weiter attraktive Angebote im eigenen Bundesland geschaffen werden, etwa für Ski- und Sportwochen oder für Kennenlertage für Klassengemeinschaften. Die Kooperation von örtlichen Musikschulen, Vereinen und regionalen Institutionen mit den Schulen soll ausgebaut werden.

Das Land Niederösterreich bekennt sich zum Erhalt auch kleiner und kleinster Schulen, vor allem für die Jüngsten („Kurze Beine, kurze Wege“). Mehrere kleine Schulstandorte können zu diesem Zweck von ein und demselben Direktor geleitet werden.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Weiteres energisches Herantreten an den Bund für praxisgerechte Ausbildung der Lehrkräfte (z.B. Dauer, Praxis-Theorie-Verlauf) und Attraktivierung des Lehrberufs sowie Wiedereinführung einer eigenständigen sonderpädagogischen Ausbildung
- Erhalt und Weiterentwicklung der Sonderpädagogik und der Sonderschulen
- NÖ gewährt ein freiwilliges 11. und 12. Schuljahr für behinderte Kinder, informiert Familien hierüber zeitgerecht und fordert gleichzeitig eine entsprechende Umsetzung durch den Bund bei Weiterführung der Wahlfreiheit hinsichtlich der Betreuung
- Neuordnung des schulischen Unterstützungspersonals gemeinsam mit den Gemeinden (Stützkräfte)
- Aufwertung von Polytechnischen Schulen durch gezielte Berufsvorbereitung und Prüfung eines Versicherungsschutzes im Rahmen von Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben
- Attraktivierung und interne Differenzierung von Schulen insbesondere im Rahmen der Schulautonomie und Ressourcenbewirtschaftung mit pädagogischer Begleitung
- Begabungs- und Begabtenförderung z.B. bei Klassenbildung (Schwerpunktklassen) zur Attraktivierung von Volks- und Mittelschulen für Kinder und deren Eltern (z.B. Versuche in Bildungsregionen)
- Evaluierung und bedarfsgerechter Ausbau der Deutschförderklassen
- Überprüfung und bedarfsgerechte Forcierung der Kooperation unterschiedlicher Schultypen in den Regionen für den landwirtschaftlichen Bereich mit maturaführenden Schulen (vgl. Tullnerbach Gymnasium & Landwirtschaftliche Fachschule, VINO-HAK & Weinbauschule in Krems)
- Aktivitäten im Bereich Sport und Kultur von NÖ Schulen im Bundesland attraktivieren (Ski- und Sportwochen und Kennenlertage für Klassengemeinschaften etc.)
- Bekenntnis zur Zielsetzung: Jedes Kind soll Schwimmen als lebensnotwendige Fähigkeit erlernen
- Attraktivierung der Kooperation von örtlichen Musikschulen, Vereinen und Institutionen mit Schulen.
- Bekenntnis zum Erhalt von Klein- und Kleinstschulen („Kurze Beine, kurze Wege“)
- Forcierung der Verwendung der deutschen Sprache auch in Pausen und am Schulhof durch Aufnahme in die schulautonom zu beschließenden Hausordnungen
- Ausbau und Modernisierung des bestehenden Landes-schulwesens; ebenso zum Ausbau der MINT-Fächer (Auslobung von Preisen etc.)
- Weiterer Ausbau der Schulsozialarbeit in Zusammenarbeit mit bestehenden Sozialeinrichtungen

EUROPA & INTERNATIONALES

Niederösterreich muss auch in Brüssel stark sein

Europa bietet uns in Niederösterreich als Garant für Sicherheit und Wohlstand vor allem Chancen, um Wachstum und Entwicklung in allen Regionen des Landes voranzutreiben. Unzählige Projekte in den Gemeinden in Niederösterreich konnten mit Hilfe der Europäischen Union und ihren zahlreichen Förderprogrammen bereits umgesetzt werden. Wir wollen diese Chancen auch weiterhin wahrnehmen und dafür sorgen, dass kein Fördereuro aus unseren Nettozahler-Beiträgen in Brüssel liegen bleibt.

Die Europäische Union war in den letzten Jahren durch multiple globale Krisen in hohem Maße gefordert. Im Zentrum muss eine Politik zum Wohle der Bürger stehen. Mit Blick auf die Migrationsströme 2015/16 und 2022 muss die EU dringend die Anstrengungen erhöhen, ihre Außengrenzen effektiv und konsequent zu schützen, um dem Migrationsdruck durch Wirtschaftsflüchtlinge effektiv entgegenzuwirken. Aber auch die Bundesregierung ist gefordert, die illegale Zuwanderung zu stoppen und die Grenzen unseres Staates zu schützen.

Um die Europäische Union wieder stärker an den Geist der Gründerverträge auszurichten, bekennt sich Niederösterreich ganz klar zum Subsidiaritätsprinzip und tritt gegen weitere Kompetenzabtretungen in Richtung Brüssel ein. Das umfasst auch, dass die immerwährende Neutralität, die Österreichs Leitlinie im Umgang mit internationalen Krisen- und Kriegsszenarien ist, in Brüssel respektiert werden muss.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Klares Bekenntnis zu Österreichs Neutralität
- Forderung nach einem verbesserten Außengrenzschutz durch europäische Maßnahmen sowie nach einem effektiven Schutz der österreichischen Grenzen durch den Bund
- Klares Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip insbesondere in der Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten
- Zur Erhaltung des Bargelds als Zahlungsmittel klare Forderung an den Bund, alle europäischen Tendenzen zur Abschaffung des Bargeldes hintanzuhalten
- Umfassende internationale Positionierung Niederösterreichs als Wirtschafts-, Tourismus-, Wissenschafts- und Kulturstandort
- Lernen von den Besten: Weiterführen von Innovationspartnerschaften mit den innovationsstärksten Regionen Europas wie Oberbayern (Thema: Wasserstoff) oder Stockholm (Thema: Digitalwirtschaft und -forschung)
- Fortführung des Engagements des Landes beim Europaforum Wachau

FAMILIE & KINDER

Echte Wahlfreiheit und Schutz vor Gewalt für Familien in Niederösterreich

Familien in Niederösterreich verdienen bestmögliche Rahmenbedingungen in allen Lebensphasen. Das beginnt bei der besten Kinderbetreuung und reicht über die Bildung bis hin zur Pflege. Das Land Niederösterreich verfügt über ein breites Spektrum ineinandergreifender Werkzeuge, um optimale Bedingungen für alle Menschen zu gestalten, die sich entscheiden, Verantwortung füreinander zu übernehmen und eine Familie zu gründen.

Dabei ist für uns die Wahlfreiheit zentral. Alle Eltern sollen und müssen die freie Entscheidung haben, wie sie ihr Kind betreuen. Wahlfreiheit bedeutet einerseits die volle Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu setzen wir die bereits gestartete Kinderbetreuungsoffensive samt Personaloffensive durch die Beschäftigung weiterer Elementarpädagogen und Kindergartenbetreuer fort. Andererseits bedeutet Wahlfreiheit auch Wertschätzung und Anerkennung für all jene Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen möchten. Im Hinblick auf die Sicherung von Spracherwerb und Integration bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund bedarf es dazu jedoch klarer Regelungen. Einen wesentlichen Beitrag zu einem breit gefächerten Angebot der Kinderbetreuung im Zeichen von Flexibilität und Wahlfreiheit leisten jedenfalls Tageseltern, deren Angebot durch zusätzliche Unterstützungen erweitert werden soll.

Auch der Gewaltschutz für Frauen und Kinder muss weiter verbessert werden. Dazu werden Kinderschutzkonzepte für Vereine und Organisationen ausgearbeitet. Als weitere präventive Maßnahme sollen private Vereine nur mehr dann gefördert werden, wenn diese zu jedem Zeitpunkt dem Fördergeber nachweisen können, dass keine Gewalt- oder Sexualstraftäter beschäftigt werden. Evaluiert und gegebenenfalls ausgebaut werden Plätze in Frauenhäusern und Frauen- und Mädchenberatungsstellen. Vorgesehen ist zudem der Ausbau von Jugendberatungsstellen zur Information im Bereich der Nutzung sozialer Medien, um verbotene Handlungen und mögliche strafrechtliche Folgen etwa durch Verbreitung sexualisierter Abbildungen zu verhindern und vor Pädophilen und anderen Straftätern zu schützen.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Wahlfreiheit in Kinderbetreuung und Kinderrechte stehen im Fokus:
 - Umsetzung der Kinderbetreuungsoffensive inkl. Personaloffensive sowie Setzen weiterer Anreize bei der Personalrekrutierung
 - Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer finanziellen Aufwertung für die Kinderbetreuung im Familienverband – klare Reglementierungen auch in Hinblick auf Spracherwerb und Integration sowie gegen Missbrauch
- Schwerpunkt für Gewaltschutz gegenüber Frauen und Kindern (inklusive Kinderschutzkonzepte für Vereine/Organisationen)
- Prüfung von Kriterien für die Förderung privater Einrichtungen in Hinblick auf Transparenz (z.B. Strafregisterauszüge der beschäftigten Bediensteten zu Gewalt- und Sexualdelikten etc.)
- Bekenntnis zu den Tageseltern und Überlegung einer weitergehenden Förderung im Sinne der Wahlfreiheit.
- Evaluierung und gegebenenfalls Ausbau von Plätzen in Frauenhäusern und Frauen- und Mädchenberatungsstellen
- Ausbau von Jugendberatungsstellen (Jugend.Info, Kinder- und Jugendanwaltschaft) – auch zur Info im Bereich Nutzung Social Media vs. Strafrecht z.B. in Bezug auf sexualisierte Abbildungen; Schutz vor Pädophilen und anderen Straftätern

FINANZEN & BUDGET

Nachhaltig investieren und sparen mit Augenmaß

Ein stabiles und geordnetes Finanzwesen des Landes Niederösterreich ist Voraussetzung und Grundlage für die Weiterentwicklung des Landes Niederösterreich und die damit zusammenhängenden politischen Entscheidungen – gerade in unserer Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. In den Krisen der vergangenen Jahre hat sich gezeigt, dass das Land Niederösterreich finanziell handlungsfähig ist. Das bestätigen auch unabhängige Ratingagenturen. Es gilt also auch in Zukunft eine gute Ausgewogenheit herzustellen, die den Spielraum für Zukunftsinvestitionen ermöglicht und die notwendige Konsolidierung der Landesfinanzen gewährleistet.

Das Geld, über das die Politik im Rahmen des Budgets verfügen kann, ist das Geld der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Sie haben es erarbeitet und stellen es mit ihren Steuerleistungen dem Gemeinwesen zur Verfügung. Daraus erwächst der Politik eine hohe Verantwortung, der sie durch besondere Sorgsamkeit bei der Verwendung dieses Geldes, aber auch durch größtmögliche Transparenz entspricht. Aus diesem Grund wird das Land Niederösterreich künftig im Rahmen eines Förderberichts Rechenschaft ablegen. Auf eine nachvollziehbare und leicht lesbare Darstellung wird dabei besonderer Wert gelegt.

Sparsamkeit und Transparenz sind auch die zentralen Rahmenbedingungen für die Informationspolitik der Landesregierung. Jegliche Art von Werbung, beispielsweise über die Medien, unterliegt diesen Vorgaben. Wir verpflichten uns, alle Ausgaben für Inserate, Broschüren etc. detailliert und regelmäßig zu veröffentlichen.

Wir stehen für ein ehrliches, transparentes Budget mit wirksamen Unterstützungen für unsere Landsleute. Auch in Zukunft soll in Niederösterreich nachhaltig investiert und mit Augenmaß gespart werden – damit schaffen wir Stabilität in unserem Land.

Diese konkreten Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Einhaltung der Vorgaben des Stabilitätspakts
- Erstellung von Doppelbudgets
- Bestätigung der stabilen Finanzpolitik durch konstante Ratings unabhängiger Agenturen
- Transparenz erhöhen: Gestaltung eines allgemeinen Förderberichts
- Weiterführung der risikoaversen Veranlagung des NÖ Generationenfonds zum Erhalt der Substanz als nachhaltige finanzielle Rücklage des Landes

GEMEINDEN

Bürgernähe leben – Kommunen stärken

Die Gemeinden bilden das unmittelbare Lebensumfeld der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher und sind erste Ansprechpartner für Anliegen aller Art. Ihre effiziente Verwaltung ist daher von zentraler Bedeutung und wird vom Land Niederösterreich im Besonderen unterstützt. Zu diesem Zweck planen wir unter anderem den Beschluss eines modernen Gemeindedienstrechtes auf Vorschlag der Sozialpartner zur Attraktivierung der Städte und Gemeinden als Arbeitgeber. Zudem soll eine intensive Einbindung der Interessensvertretungen der Städte und Gemeinden bei der Erstellung von gemeinderelevanten Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Landes Niederösterreich und die Unterstützung der Gemeinden im Bereich des immer komplexer werdenden Umgangs mit der Sammlung digitaler Daten (Datenmanagement) gewährleistet werden.

Das erfolgreiche Modell der Kommunalgipfelvereinbarungen zur Finanzierung der wichtigsten Lebensbereiche der Menschen wird weitergeführt. Außerdem sollen Anreize für verstärkte Gemeindekooperationen im Modell der Gemeindeverbandsstruktur geschaffen werden – selbstverständlich unter Wahrung der Gemeindeautonomie.

Für ein Mehr an Transparenz ist unter anderem die Einführung einer verpflichtenden elektronischen Amtstafel z.B. für Voranschlag und Rechnungsabschluss geplant. In den Gemeinderäten werden zudem die Minderheitsrechte auf Vorschlag der Gemeindevertreterverbände für den eigenen Wirkungsbereich in der Gemeindeordnung bzw. im Stadtrechtsorganisationsgesetz gestärkt.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Weiterführen des Modells der Kommunalgipfelvereinbarungen zur Finanzierung der wichtigen Lebensbereiche der Menschen
- Intensive Einbindung der Interessensvertretungen der Städte und Gemeinden bei der Erstellung von gemeinderelevanten Gesetzes- und Verordnungsentwürfen des Landes Niederösterreich
- Beschluss eines modernen Gemeindedienstrechtes auf Vorschlag der Sozialpartner zur Attraktivierung der Arbeitgeber Städte und Gemeinden
- Anreize für verstärkte Gemeindekooperationen im Modell der Gemeindeverbandsstruktur unter Wahrung der Gemeindeautonomie
- Unterstützung der Gemeinden im Bereich des Datenmanagements
- Stärkung der Minderheitsrechte im Bereich des eigenen Wirkungsbereiches in der Gemeindeordnung bzw. im Stadtrechtsorganisationsgesetz auf Vorschlag der Gemeindevertreterverbände
- Zeitgemäße Transparenz durch verpflichtende elektronische Amtstafel z.B. für Voranschlag und Rechnungsabschluss (Gemeindeordnung, Stadtrechtsorganisationsgesetz)
- Im Gemeindewahlrecht wird die bisherige Möglichkeit des Wählens mittels eines nichtamtlichen Stimmzettels durch einen amtlichen Stimmzettel ersetzt, auf dem die Wahlwerber namentlich angeführt sind und der Wähler durch Ankreuzen dieser eine Vorzugsstimme vergeben kann

GESUNDHEIT

Die beste medizinische Versorgung für ganz Niederösterreich

Unser Ziel ist es, die bestmögliche regionale und wohnortnahe medizinische Versorgung auch in Zukunft sicherzustellen. Dazu braucht es in allen Regionen genügend Ärzte und ergänzend die Nutzung digitaler Innovationen in der medizinischen Versorgung durch eine Digitalisierungsoffensive (z.B. Telemedizin). Unter dem Motto „Länger gesund bleiben“ werden Gesundheitsvorsorge und Prävention im Rahmen eines langfristigen niederösterreichischen Vorsorgekonzepts gestärkt.

Eine starke dezentrale Gesundheitsversorgung braucht eine ausreichende Anzahl an Ärzten – hier ist vor allem der Bund in der Pflicht. Niederösterreich fordert die Ausweitung der Humanmedizin-Studienplätze verbunden mit einer Änderung der Aufnahmekriterien sowie eine Ausweitung des Anstellungsmodells, sodass Allgemeinmediziner Fachärzte anstellen können, z.B. aus dem Bereich der Gynäkologie oder der Kinder- und Jugendheilkunde. Außerdem sollen Möglichkeiten im Bereich Stipendien und Förderungen für Medizin-Absolventen geprüft werden, die an eine Arbeitsverpflichtung in Niederösterreich bei der medizinischen Berufsausübung gebunden sind.

Die Österreichische Gesundheitskasse sehen wir in der dringenden Verantwortung, die Zahl der Kassenplanstellen anhand der demographischen Entwicklung zu erhöhen und dringend die offenen Kassenplanstellen zu besetzen oder – wenn das kurzfristig nicht gelingen sollte – die vollen Wahlarztkosten zu übernehmen.

Pilot-Modelle für eine wohnortnahe medizinische Versorgung müssen unbedingt weiterentwickelt werden. Niederösterreich wird die Aktion der Landarzt-Stipendien fortführen und durch die Einführung des „Kleinregionenarztes“ den öffentlichen Gesundheitsdienst weiter stärken.

Um eine Effizienzsteigerung im Bereich der Landesgesundheitsagentur (LGA) zu erzielen, soll die Organisations- und Arbeitsstruktur evaluiert und optimiert werden. Auch die Effizienzsteigerungspotentiale der LGA bei den Universitäts- und Landeskliniken müssen gehoben werden. Zudem ist die Errichtung eines dritten Logistikzentrums geplant.

Um bei medizinischen Geräten und Medikamenten die Abhängigkeiten zu reduzieren, soll eine aktive Ansiedlungspolitik für die Bereiche Medizintechnikprodukte, Pharmawirtschaft und Arzneimittelproduktion betrieben werden. Für dieses Vorhaben soll die Plattform für Gesundheitstechnologie einen wesentlichen Beitrag leisten.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Weiterentwicklung Masterplan Gesundheit 2030/2035 im Bereich der NÖ LGA durch regionale Schwerpunktsetzung; Regionaler Strukturplan 2025 - 2030
- Kleinregionenarzt NEU – Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes
- Neuordnung der notärztlichen Versorgung und Umsetzung des NÖ Rettungswesens 2030
- Fortführung der NÖ Landarztstipendien und attraktive Bedingungen für die Anstellung von Jungärzten in Niederösterreich
- Sicherstellung der bestmöglichen regionalen und wohnortnahen medizinischen Versorgung:
 - Implementierung digitaler Innovationen in der medizinischen Versorgung durch Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie und Start einer Digitalisierungsoffensive (z.B. Telemedizin, Schwerpunktsetzung im Haus der Digitalisierung, etc.)
 - Entlastung der Mitarbeiter durch attraktive Arbeitsbedingungen
- Ausbau der Präventionsmedizin – Weiterentwicklung eines niederösterreichischen Vorsorgekonzepts
- Aktive Ansiedlungspolitik für die Bereiche Medizintechnikprodukte, Pharmawirtschaft und Arzneimittelproduktion durch Schaffung einer Plattform für Gesundheitstechnologie
- Errichtung eines dritten Logistikzentrums im Bereich der LGA
- Heben von Effizienzsteigerungspotentialen der LGA im Bereich der Verwaltung der Universitäts- und Landeskliniken und Evaluierung der Organisations- und Arbeitsstruktur
- Zur Sicherstellung der optimalen medizinischen Versorgung für die Landsleute werden folgende Forderungen an den Bund herangetragen:
 - Ausweitung der Humanmedizin-Studienplätze und Änderung der Aufnahmekriterien
 - Ausweitung des Anstellungsmodells – Allgemeinmediziner sollen Fachärzte anstellen können; z.B. Gynäkologie und Kinder- und Jugendheilkunde
 - Prüfung der Möglichkeiten im Bereich der Stipendien und Förderungen für Absolventen des Medizinstudiums, die an eine Arbeitsverpflichtung in der medizinischen Berufsausübung in Niederösterreich gebunden sind
- Zur Sicherstellung der optimalen medizinischen Versorgung für die Landsleute werden folgende Forderungen an die ÖGK herangetragen:
 - Ausweitung der Kassenplanstellen anhand der demographischen Entwicklung
 - Rasche Besetzung der offenen Kassenplanstellen oder Übernahme der vollen Wahlarztkosten durch die ÖGK
 - Weiterentwicklung von Pilot-Modellen für eine wohnortnahe medizinische Versorgung

INTEGRATION

Respekt vor unserer Kultur und unseren Gesetzen

Für uns ist klar, dass Integration ein ganz wesentlicher Faktor ist, um am gesellschaftlichen Leben in Niederösterreich teilnehmen zu können. Dabei ist das Erlernen der deutschen Sprache entscheidend. Als Land Niederösterreich wollen wir auf das Erlernen der deutschen Sprache achten. Integration benötigt die Bereitschaft auf beiden Seiten, vor allem von jenen, die zu uns kommen. Wesentlich dabei sind Achtung und Respekt unserer Kultur, die Einhaltung unserer Gesetze, aber auch eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Das Befolgen dieser Grundregeln erwarten wir von allen: Landsleuten, Gästen und Zuwanderern.

Eine gelungene Integration ist Grundvoraussetzung für all jene, die Österreicher werden wollen. Niederösterreich wird Staatsbürgerschaften daher nur sehr restriktiv vergeben und die Anträge sehr genau prüfen.

Das Land Niederösterreich hält seine internationalen Verpflichtungen ein und wird Maßnahmen treffen, um unser Land für die überwiegend wirtschaftlich motivierten Zuwanderer (unter Missbrauch des Asylrechts) möglichst unattraktiv zu machen.

Es wird daher geprüft, ob in der Grundversorgung sämtliche Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt werden können. Die Belastung der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher durch Asylquartiere muss möglichst gering gehalten werden.

Um die Zahl der ausländischen Sozialhilfebezieher zu reduzieren, werden Integrationsverpflichtungen in das NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz aufgenommen. Der Sozialstaat muss überwiegend diejenigen unterstützen, die ihn über lange Jahre aufgebaut und mit ihren Beiträgen erhalten haben und für jene, die nicht für sich selbst sorgen können.

Zur Bewahrung unserer demokratischen Werte sowie unserer Grund- und Freiheitsrechte wird ein Aktionsplan gegen den radikalen Islam entworfen, der die Einrichtung einer Beratungs- und Beobachtungsstelle gegen Radikalisierung und politischen Islam beinhaltet.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Erweiterte Mitwirkungspflicht der Eltern bei der Bildung ihrer Kinder durch verpflichtende und verwaltungsrechtlich sanktionierte Teilnahme an Lehrer-Elterngesprächen vor allem nach wiederholtem groben Fehlverhalten der Kinder (z.B. Gewalteskalation, Mobbing) – auf Basis von Empfehlungen der Bildungsdirektion soll dazu auch an den Bund zur Novelle des Schulpflichtgesetzes herangetreten werden
- Einrichtung einer Task Force mit folgenden Zielsetzungen:
 - Setzen von Integrationsmaßnahmen wie bisher nur bei Personen mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit
 - Verstärkter Fokus auf die restriktive Umsetzung der Integrationsverpflichtungen im NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (Mobilisierung in Richtung Arbeitsmarkt)
- Förderung der Verwendung der deutschen Sprache in Pausen und am Schulhof durch Aufnahme in die schulautonom zu beschließenden Hausordnungen
- Knüpfung der Wohnbauförderung an Kenntnisse eines Mindestniveaus der deutschen Sprache (vgl. „Modell Oberösterreich“)
- Prüfung der verstärkten Gewährung von Sachleistungen statt Geldleistungen für Personen in der Grundversorgung
- Die maximale Obergrenze für in Grundversorgung befindliche Personen pro Gemeinden von 1,5 % bezogen auf die Einwohnerzahl soll durch ein umfassendes Maßnahmenbündel deutlich und nachhaltig unterschritten werden.

- Rücküberantwortung straffällig oder gewalttätig gewordener Asylwerber an den Bund statt weiterer Unterbringung in landeseigenen Unterkünften
- Integration als Voraussetzung für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft – restriktiver Vollzug des Staatsbürgerschaftsgesetzes
- Förderung von Integrationsprojekten nach Maßgabe der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit
- Erarbeitung eines Aktionsplans gegen den radikalen Islam und Einrichtung einer Beratungs- und Beobachtungsstelle gegen Radikalisierung und politischen Islam; Wahrnehmung der Aufsichtspflicht im Wege der Bildungsdirektion für gesetzlich anerkannte Religionsgemeinschaften
- Klare Kommunikation der Grundregeln des Zusammenlebens in Niederösterreich
- Zudem braucht es klare Regeln, was die Verwendung der deutschen Sprache betrifft, um einen Beitrag gegen einen ideologisierten und unsachgemäßen Gebrauch zu leisten. Dieses Arbeitsübereinkommen, das sich angesichts wiederkehrender Diskussionen über geschlechtergerechte Sprache übrigens bewusst am Rat für deutsche Rechtschreibung orientiert und damit auch „Gender-Stern“, „Gender-Gap“, „Doppelpunkt“ und andere verkürzte Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnung im Wortinneren verzichtet, ist das erste Ergebnis gemeinsamer Arbeit im Geiste von Vernunft und Verantwortung. Das Land Niederösterreich wird darauf aufbauend durch die Erarbeitung von Leitlinien für Publikationen in Verantwortung des Landes einen Beitrag leisten. Diese Vorgaben werden für den Landesdienst bindend sein und als Empfehlung an die Hochschulen und als Forderung auch an den Bund gerichtet werden.

KULTUR

Tradition und Moderne im Kunst- und Kulturland Niederösterreich

Niederösterreich ist ein Kulturland mit einem breiten Angebot sowohl für die Landsleute als auch für unsere Gäste. Die Grundlage der niederösterreichischen Kulturpolitik stellt unsere Kulturstrategie dar. Die heimische Kulturlandschaft ist auch eine wichtige Grundlage für den nationalen und internationalen Tourismus.

Das Land Niederösterreich setzt wichtige Akzente im Theaterbereich durch das Modell der Landestheater NEU, das neben dem Landestheater Sankt Pölten und der Bühne Baden die mittelfristige Integration der Festspiele Reichenau/Rax und die Wiedereröffnung des Theaters Wiener Neustadt vorsieht. Die Struktur des Theaterfest Niederösterreich soll beibehalten und mit klaren Vorgaben bei den Infrastrukturinvestitionen versehen werden. Ziel ist es, alle Standorte zu bespielen. In den schulfreien Zeiten sollen bestehende Festspiele pädagogisch auf Kinder und Familien abgestimmte Kulturprogramme gestalten. Dafür soll es Förderanreize geben.

Im Bereich der Musik unterstützt das Land weiter heimische Orchester, wie das Tonkünstlerorchester, das Jugendsymphonieorchester und das Jugendorchester der Europäischen Union (EUYO). Die regionale Zusammenarbeit im Musikschulwesen soll durch ein neues Musikschulgesetz samt neuem Anreiz-Fördermodell effizienter gestaltet werden. Grafenegg soll weiter als das internationale Musikfestival in Europa positioniert werden.

Die Tätigkeit von Kultur.Region.NÖ und Museumsmanagement NÖ wird forciert, um die niederösterreichischen Museen, Sammlungen, Ausstellungshäuser und Themenwege u.a. mit Beratung, Fortbildung und projektbezogenen Förderungen zu unterstützen.

Um die historische Bausubstanz in Niederösterreich für die kommenden Generationen zu erhalten, werden Modelle für die Unterstützung von Eigentümern historischer Gebäude entwickelt, die es ihnen ermöglichen sollen, von der Produktion erneuerbarer Energie zu profitieren (z.B. Energiegemeinschaft).

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Modell der Landestheater NEU durch mittelfristige Integration der Festspiele Reichenau/Rax und Wiedereröffnung des Theaters Wiener Neustadt gemeinsam mit dem Landestheater Sankt Pölten und der Bühne Baden
 - wie die Bekämpfung des Antisemitismus und das Gedenken an den Holocaust. Vorrangige Ziele und Aktivitäten sind:
 - Stärkung des jüdischen Gemeinde- und Kulturlebens in NÖ
 - verstärkte Koordination zwischen den einzelnen Akteuren in den Bereichen Gedenken und Bekämpfung des Antisemitismus
 - Erhaltung und Erneuerung der Synagogen
 - Dokumentation zum jüdischen Leben in NÖ (z.B. am Semmering)
 - Sichtbarmachen ehemaliger KZ-Außenlager in NÖ (wie insbesondere Besucherzentrum und Ausstellungsbereich in Melk und die „Serbenhalle“ in Wiener Neustadt)
 - Erhaltung und Sanierung der jüdischen Friedhöfe sowie Fürsorge für die Kriegs- und Opfergräber
- Förderung der regionalen Zusammenarbeit im Musikschulwesen und Effizienzsteigerung durch ein neues Musikschulgesetz (Fördermodell NEU – Forcierung von Musikschulverbänden durch Anreize)
- Bekenntnis zu den niederösterreichischen Orchestern wie Tonkünstlerorchester, Jugendsymphonieorchester und dem Jugendorchester der Europäischen Union (EUYO), Ausbau von Grafenegg
- Niederösterreich bekennt sich zur besonderen Verantwortung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Niederösterreich. Das Bewusstmachen, die Stärkung und Förderung des niederösterreichisch-jüdischen Kulturerbes und jüdischen Lebens in Niederösterreich stehen dabei ebenso im Fokus

- Weiterentwicklung der niederösterreichischen Kulturlandschaft als Grundlage für den Tourismus
- Tätigkeit der Kultur.Region.NÖ und des Museumsmanagement des Landes forcieren, um die niederösterreichischen Museen, Sammlungen, Ausstellungshäuser und Themenwege durch Beratung, Fortbildung und projektbezogene Förderung zu unterstützen
- Beibehaltung der Struktur Theaterfest Niederösterreich mit klaren Vorgaben bei Infrastrukturinvestitionen mit dem Ziel, alle Standorte zu bespielen
- Insbesondere für die schulfreie Zeit werden Initiativen zum pädagogisch wertvollen Erleben der Arbeit in der Kultur durch den Austausch mit den Akteuren und dem Blick hinter die Kulissen bei bestehenden Festspielen durch Förderanreize forciert
- Erhalt der historischen Bausubstanz in Niederösterreich:
 - Entwicklung von Modellen zur Unterstützung von Eigentümern historischer Gebäude, sodass auch diese von der Produktion erneuerbarer Energie profitieren können (z.B. Energiegemeinschaft)

LANDWIRTSCHAFT, TIERWOHL & LÄNDLICHER RAUM

Unsere Bauern geben Sicherheit und Gewissheit

Niederösterreich lebt in vielerlei Hinsicht von der Arbeit seiner Bauern. Sie produzieren wertvolle Nahrungsmittel für die Menschen im Land und erhalten die Landschaft in ihrer Schönheit, woran sich sowohl die Bürger, als auch viele Gäste erfreuen. Daher erteilt das Land Niederösterreich neuen Eigentumssteuern (Grunderwerb-, Schenkungs-, Erbschaftssteuer, etc.) generell eine klare Absage. Von derartigen Maßnahmen wären unsere Bauern besonders betroffen.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Wir unterstützen unsere bäuerlichen Familienbetriebe und stehen für den Erhalt einer flächendeckenden und nachhaltigen Landbewirtschaftung. Dazu braucht es:
 - Absicherung der Programme im Rahmen der ländlichen Entwicklung
 - Bekämpfung der Wettbewerbsnachteile bei Betriebsmitteln im internationalen Vergleich (Agrardiesel, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Energiekosten, ...)
 - Nachhaltiger Pflanzenbau braucht Pflanzenschutz, um genussfähige, heimische Lebensmittel zu produzieren und um Arbeitsplätze in Niederösterreich erhalten zu können (z.B. Zuckerrübenfabrik, Stärkeproduktion etc.)
 - Kein „gold plating“ bei Rechtsvorschriften im Bereich der Landwirtschaft
 - Der „green deal“ muss auf europäischer Ebene überarbeitet werden; Ziel: mehr Produktion in Europa statt Abhängigkeit vom Ausland
 - Klares Nein zu neuen Freihandelsabkommen im landwirtschaftlichen Bereich (z.B. Mercosur)
 - Bewusstseinsbildung für die Bedeutung und Leistungen der heimischen Landwirtschaft durch den Ausbau von Initiativen wie „Erlebnis Bauernhof“
- Flächendeckende Mobilfunkabdeckung im ländlichen Raum durch die Mobilfunkanbieter und Landesunterstützung von Verstärkersystemen
- Ausbau der sozialen Betriebshilfe
- Das Tierwohl verpflichtet uns zu einem zeitgemäßen und wertschätzenden Umgang mit allen Tieren als Mitgeschöpfen. Dies wird durch folgende Maßnahmen sichergestellt:
 - Die Vorreiterrolle Niederösterreichs bei der Achtung des Tierwohls wird durch die Intensivierung von Tierschutzkontrollen und entsprechende Ressourcen ausgebaut
 - Schwerpunktsetzung zum Tierschutz in den Bildungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion
 - Schaffung eines Tierschutzkompetenzzentrums an einer bestehenden Bildungseinrichtung zur Zusammenfassung aller Tierschutzbereiche wie z.B. Hotline, Tierschutzpreis
 - Anreizsystem für möglichst kurze Transportwege zum Schlachthof zur Sicherstellung von Tierwohl, Regionalität und als Beitrag zum Klimaschutz
 - Im Sinne des Tierwohls wird vom Bund die Umsetzung des Beschlusses der Landestierschutzkonferenz 2022 zum Thema „Betäubung vor Schlachtung“ im Sinne des EuGH-Erkenntnisses gefordert

- Auch als Beitrag zur Krisenvorsorge wollen wir Maßnahmen zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrades und zur Stärkung der Versorgungssicherheit setzen. Dazu zählen:
 - Vorrang für heimische Lebensmittel in öffentlichen Küchen ausbauen inkl. Herkunftskennzeichnung
 - Weiterentwicklung der regionalen und nachhaltigen öffentlichen Beschaffung
 - Förderung regionaler Produkte und stärkere Bewusstseinsbildung durch die Kulinarik-Initiative „So schmeckt Niederösterreich“
 - Ausbau der nachhaltigen heimischen Fischproduktion
 - Bekenntnis zur Nutztierhaltung für die heimische Lebensmittelproduktion
- Durch folgende Maßnahmen wollen wir die Energieunabhängigkeit der Landwirtschaft forcieren:
 - Unterstützung für den beschleunigten Ausbau von z.B. Photovoltaik-Anlagen mit Stromspeichern, Biomasse-Anlagen, Biogas-Einspeisung in das Gasnetz, energieeffizienter Mechanisierung und Ausbau der Digitalisierung
 - Forcierung der Kreislaufwirtschaft (z.B. durch Rückgewinnung von Phosphor und Stickstoff aus Klärschlamm und Klärgas zur Herstellung von Düngemitteln)
- Unsere Wälder wollen wir für die Zukunft klima-fit machen und insbesondere die Diversität fördern durch:
 - Unterstützung von standortgerechter und zukunftsfähiger Baumartenwahl durch Forschungsprojekte
 - Förderungen für aktive, nachhaltige Waldbewirtschaftung
 - Initiative zur weiteren Forcierung des Holzbaus
- Jagd, Fischerei und Imkerei sind wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Landbewirtschaftung. In diesen Bereichen sind vorgesehen:
 - Konsequente Managementmaßnahmen z.B. bei Biber, Fischotter, Wolf
 - Sicherung eines günstigen Erhaltungszustands der heimischen Gewässer als Lebensraum
 - Blühflächen für Honigbienen und Insekten ausweiten
 - Keine generelle Freigabe von Forststraßen fürs Mountainbiken
- Der vom Land Niederösterreich gesetzte Schwerpunkt Wasser umfasst folgende Maßnahmen:
 - Konsequenter Ausbau des Hochwasserschutzes in Niederösterreich
 - Wasser in der Region halten (z.B. Speicherteiche, Versickerungsflächen, Schwammstadt-Prinzip)
 - Langfristige Sicherung der Trinkwasserversorgung
 - Langfristige Sicherung der Haus- und Gemeindebrunnen
 - Konsequenter Ausbau der effizienten und ökologischen landwirtschaftlichen Bewässerung für die heimische Lebensmittelproduktion

PFLEGE

Moderne Konzepte und mehr Ausbildung für ein Altern in Würde

Die Pflege alter und kranker Menschen ist zweifellos eine der größten Herausforderungen – schon jetzt, aber mehr noch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Niederösterreich bereitet sich darauf mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen vor.

Basis der Bemühungen ist das Bekenntnis zum Grundsatz „Daheim vor stationär“ unter Berücksichtigung der digitalen Innovationen in der Pflege. Wir investieren durch eine Digitalisierungsoffensive in modernste Technik und altersgerechte Assistenzsysteme für ein umgebungsunterstütztes, gesundes und unabhängiges Leben („Ambient Assisted Living“).

Zudem bekennen wir uns zum Ausbau von teilstationären und mobilen Betreuungsdiensten und zur Etablierung einer neuen Betreuungs-Wohnform „Betreutes Wohnen plus“ als Vorstufe vor dem stationären Bereich, organisiert durch die Träger der freien Wohlfahrt. Dazu starten wir ein Pilotprojekt in jeder niederösterreichischen Region. Das Fördersystem für den Bereich der mobilen Pflege soll unter Berücksichtigung des Versorgungsauftrages weiter evaluiert und optimiert werden. Zur Unterstützung für pflegende Angehörige zu Hause stehen der Ausbau der Tagesstätten und die Erarbeitung eines Tarifmodells auf der Agenda. Ebenso wollen wir Übergangspflegezentren schaffen. An den Bund treten wir mit der Forderung nach moderneren Organisationskonzepten für mobile Pflege und Betreuung heran, beispielsweise durch Teilbarkeit der 24-Stunden-Betreuung unter Sicherstellung der Qualität in der Betreuungsarbeit.

Als erstes Bundesland wird Niederösterreich die Hospiz- und Palliativversorgung unter Berücksichtigung der ausgewogenen regionalen Gegebenheiten landesgesetzlich verankern. Um das für die Versorgung nötige Personal zu gewinnen, werden wir die Pflegeausbildung durch eine Pflegelehre weiterentwickeln, das örtliche Angebot durch die Dislozierung von Fachhochschulen erweitern und die Höhere Schule für Pflege ausbauen. Außerdem werden wir ein Modell zur Anstellung von Auszubildenden in der Pflege ausarbeiten mit dem Ziel, die Ausbildung damit attraktiver zu machen und die Pflegekräfte zu einer längeren Tätigkeit in Niederösterreich zu motivieren.

Aufbauend auf die Erarbeitung eines aktuellen Altersalmanachs für Niederösterreich planen wir die Modernisierung und den Ausbau der Pflegeeinrichtungen und zu diesem Zweck die Ergänzung des Masterplans Gesundheit 2030. Um die Mittel für die Pflege optimal einzusetzen, wird es notwendig sein, im System der Verwaltung der Landesgesundheitsagentur im Bereich der Pflege sämtliche Effizienzsteigerungspotentiale zu heben.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Bekenntnis zum Grundsatz „Daheim vor stationär“ unter Berücksichtigung der digitalen Innovationen in der Pflege
- Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie und Start einer Digitalisierungsoffensive sowie Prüfung diesbezüglicher Förderungen; z.B. altersgerechte Assistenzsysteme für ein umgebungsunterstütztes, gesundes und unabhängiges Leben (AAL = Ambient Assisted Living)
- Verstärkter Ausbau von teilstationären und mobilen Betreuungsdiensten und Etablierung einer neuen Betreuungs-Wohnform „Betreutes Wohnen plus“ (= Vorstufe vor dem stationären Bereich), organisiert durch die Träger der freien Wohlfahrt – Pilotprojekt in jeder NÖ Region
- Unterstützung für pflegende Angehörige zuhause – Ausbau der Tagesstätten und Erarbeitung eines Tarifmodells
- Erarbeitung eines aktuellen Altersalmanachs für Niederösterreich und hierauf aufbauend bedarfsgerechte Modernisierung und Ausbau der Pflegeeinrichtungen – Ergänzung des Masterplans Gesundheit 2030
- Österreichweite Vorreiterschaft durch landesgesetzliche Verankerung der Hospiz- und Palliativversorgung in Niederösterreich unter Berücksichtigung der ausgewogenen regionalen Gegebenheiten
- Weiterentwicklung der Pflegeausbildung durch Pflegelehre sowie Dislozierung von Fachhochschulen und Ausbau der Höheren Schule für Pflege
- Zur Sicherung der Pflege daheim werden vom Bund modernere Organisationskonzepte für mobile Pflege und Betreuung gefordert – wie z.B. die Möglichkeit der Teilbarkeit der 24-Stunden-Betreuung – unter Sicherstellung der Qualität in der Betreuungsarbeit
- Schaffung von Übergangspflegezentren
- Ausarbeitung eines Modells zur möglichen Anstellung von Auszubildenden in der Pflege mit dem Ziel der Attraktivierung und längerer Tätigkeit in Niederösterreich zur weiteren Sicherstellung des verfassungsrechtlichen Versorgungsauftrages
- Weitere Evaluierung des Fördersystems für den Bereich der mobilen Pflege unter Berücksichtigung des Versorgungsauftrages
- Heben aller Effizienzsteigerungspotentiale im Bereich der Verwaltung der Landesgesundheitsagentur im Bereich der Pflege

SICHERHEIT

Vorsorge zum Schutz vor allen Arten von Gefahren

Sicherheit bedeutet Schutz vor Gewalt, Verbrechen und anderen Gefahren. Der Schutz von Frauen und Kindern muss im Besonderen gewährleistet werden. Dazu haben wir im Kapitel über die Familien wesentliche Maßnahmen verankert.

Ein zentraler sicherheitspolitischer Aspekt ist die Versorgung der Bevölkerung mit allen lebenswichtigen Gütern. Niederösterreich sieht die Organe der Europäischen Union, aber auch des Staates Österreich in der Pflicht, alles zu tun, um den Produktions- und Wirtschaftsstandort Europa und Österreich zu stärken und dadurch die Versorgungssicherheit mit lebenswichtigen Gütern sicherzustellen. Niederösterreich wird seinerseits alles tun, um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und die Unabhängigkeit auszubauen. Ein hoher Selbstversorgungsgrad und die vorausschauende Vorrathaltung sind die besten Voraussetzungen, um die Versorgung der Menschen mit z.B. Lebensmitteln, Energie, Wasser, Medikamenten und anderen lebensnotwendigen Gütern krisenfest zu gewährleisten.

Dazu ist es auch nötig, zusätzliche Investitionen in die Blackout-Vorsorge zu tätigen – gemeinsam mit Gemeinden, Feuerwehren, Zivilschutzverband und allen Einsatzorganisationen. Wir werden die Gemeinden bei der Blackout-Vorsorge für die kritische Infrastruktur und bei der Erarbeitung von Katastrophenschutzplänen unterstützen. Für die niederösterreichischen Betriebe setzen wir einen Schwerpunkt im Kampf gegen Cyber-Kriminalität im „Haus der Digitalisierung“.

Wir setzen uns dafür ein, dass sämtliche Bundesheer-Standorte in Niederösterreich weiter erhalten bleiben bzw. ausgebaut und gestärkt werden. Ebenso bekennen wir uns zum Erhalt und Ausbau einer modernen und regionalen Polizeiinfrastruktur in allen niederösterreichischen Regionen unter besonderer Berücksichtigung der Notwendigkeiten des ländlichen Raumes. Und das Land Niederösterreich ist den Freiwilligen Feuerwehren weiterhin ein verlässlicher Partner und unterstützt insbesondere auch beim Kampf gegen die Teuerung und die explodierenden Energiekosten.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Fokus auf Cyber Security im Haus der Digitalisierung
- Intensivierung der Blackout-Vorsorge gemeinsam mit Gemeinden, Feuerwehren, Zivilschutzverband und allen Einsatzorganisationen
- Unterstützung der Gemeinden in Bezug auf Blackout-Vorsorge für die kritische Infrastruktur
- Erarbeitung von Katastrophenschutzplänen für jede Gemeinde
- Bundesheer-Standorte in Niederösterreich weiter erhalten, ausbauen und stärken
- Generelle Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren insbesondere hinsichtlich der steigenden Energie- und anderer Fixkosten
- Erhalt der modernen und regionalen Polizeiinfrastruktur in allen NÖ Regionen unter besonderer Berücksichtigung der Notwendigkeiten des ländlichen Raumes

SOZIALES & KAMPF GEGEN DIE TEUERUNG

Treffsichere Hilfe für unsere Landsleute in Not

Die massive Teuerung bringt immer mehr Menschen bis hinein in den Mittelstand in schwere finanzielle Bedrängnis. Daher bekennen wir uns in Niederösterreich zum Grundsatz der treffsicheren Hilfe für all jene, die Hilfe brauchen. Insbesondere im Bereich der Heizkosten wird ein Unterstützungsmodell rasch erarbeitet und umgesetzt. Dazu zählen auch Maßnahmen im eigenen Zuständigkeitsbereich wie Gebühren und Abgaben. Wir wollen die Landsleute nach besten Kräften entlasten und unterstützen, aber nicht das Landesbudget auf Kosten kommender Generationen überbelasten.

Hilfe und Unterstützung sollen in erster Linie jenen zugutekommen, die unser Sozialsystem bereits über Jahre hinweg mit ihren eigenen Beiträgen gestützt haben. Daher evaluieren wir die bestehenden, insbesondere landeseigenen Sozialförderungen unter Berücksichtigung der europarechtlichen und bundesrechtlichen Vorgaben mit dem Ziel einer sachlichen Differenzierung bezogen auf die Dauer des rechtmäßigen Aufenthaltes und der bereits erfolgten Beitragsleistungen im Sozialversicherungssystem. Außerdem prüfen wir eine Anpassung des NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetzes in Hinblick auf Möglichkeiten für zusätzliche Motivation in Richtung Arbeitsmarkt und bekennen uns zu einem konsequenten Gesetzesvollzug, denn wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein.

Ein besonderes Anliegen ist uns die weitere Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen daher die Barrierefreiheit ebenso weiter forcieren wie den bedarfsgerechten Ausbau von (Wohn-)Einrichtungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Dazu wird auch eine wissenschaftliche Evaluierung in Auftrag gegeben werden.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Rasche Erarbeitung eines unbürokratischen und treffsicheren Unterstützungsmodells für den Bereich der Heizkosten
- Effektive Bekämpfung der Teuerung in Bezug auf landesrechtlich verankerte Gebühren und Abgaben in den kommenden Jahren
- Evaluierung der bestehenden landeseigenen Sozialförderungen unter Berücksichtigung der europarechtlichen und bundesrechtlichen Vorgaben mit dem Ziel einer sachlichen Differenzierung bezogen auf die Dauer des rechtmäßigen Aufenthaltes und der bereits erfolgten Beitragsleistungen im Sozialversicherungssystem.
- Prüfung des NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetzes zur Mobilisierung der Personen gemeinsam mit dem AMS in Richtung Arbeitsmarkt und weiterhin konsequenter Gesetzesvollzug
- Wissenschaftliche Evaluierung und bedarfsgerechter Ausbau von (Wohn-) Einrichtungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft
- Weitere Unterstützung für Menschen mit Behinderungen in allen Lebenslagen z.B. durch weiteren Ausbau der Barrierefreiheit und Etablierung eines Hilfsmittelshops gemeinsam mit dem Bund

SPORT

Beste Voraussetzungen vom Breiten- bis zum Spitzensport

Niederösterreich ist ein Land der sportlichen Vielfalt. Wir wollen den Landsleuten und im Speziellen unseren Kindern und Jugendlichen weiterhin einen einfachen Zugang zum Sport ermöglichen und regelmäßige Bewegung fest in ihrem Leben verankern.

Aus diesem Grund wollen wir den über 3.500 niederösterreichischen Vereinen weiterhin als starker Partner zur Seite stehen. Denn sie sind nicht nur wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens, sondern steigern auch die Lebensqualität in unserem Land und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung. Dabei ist vor allem die Arbeit der tausenden ehrenamtlichen Funktionäre unverzichtbar, um den Sportbetrieb in dieser Qualität und Vielfalt aufrechtzuerhalten. Dieses ehrenamtliche Engagement wollen wir weiter stärken.

Neben dem Breitensport in all seinen Ausprägungen sind wir ein ganz starker Partner des Leistungssports. Denn unsere Spitzensportler sind nicht nur unsere Aushängeschilder weit über die Landesgrenzen hinaus, sondern mit ihren Leistungen und ihrer Vorbildfunktion auch Motoren für den Sportnachwuchs. Deshalb wollen wir für sie optimale Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ihren Sport professionell ausüben und Erfolge feiern können. Nur so ist möglich, dass sich Niederösterreich auch zukünftig über Erfolgsgeschichten im Sport freuen kann.

Niederösterreich ist die Heimat des Sports. Dabei ist uns klar: Sport ist kein Luxus, sondern eine absolute Notwendigkeit!

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Niederösterreichs Sportstrategie 2025 weiterführen
- Effiziente Sportstättennutzung: Förderung digitaler Buchungs- und Zutrittssysteme
 - Sportinfrastruktur uneingeschränkt nutzbar machen – auch die Bildungseinrichtungen an Wochenenden und in schul-freien Zeiten öffnen
 - Nutzung von Synergien (z.B. bei der Anschaffung des digitalen Systems)
- Noch mehr Internationale Sportveranstaltungen nach Niederösterreich holen
- Nachhaltige Sportstättennutzung: Förderung für Leuch-tentausch (Umstellung auf LED) bei Niederösterreichs Sportvereinen (Förderung von PV-Anlagen erfolgt über eigene Energieschiene)
- Bekenntnis zum Breiten- und Spitzensport in Niederösterreich
- Etablierung einer Sport- und Bewegungskarte (Bonuscard für sportliche Aktivitäten)
- Stärkung des Ehrenamts: Maßnahmen für den leichten Einstieg in das Ehrenamt durch ein Anerkennungs- bzw. Anreizsystem
- Kooperation mit den Sport-Dachverbänden (niederschwellige Sportangebote ausbauen)
- Kinder und Jugendliche zum Sport bringen: Unterstützung bei der Errichtung von Trendsportanlagen und multispor-tiven Sportstätten in Niederösterreich forcieren (nieder-schwellige, wohnortnahe Angebote)
- Etablierung eines „Tag des Sportes“ in Niederösterreich, an dem sich Vereine präsentieren können
- Digitale Aktivierung von Kindern und Jugendlichen z.B. in Kooperation mit dem Haus der Digitalisierung
 - Digitaler Sportstättenplan für Niederösterreich (Mehrwert für Bürger)
 - Weitere Digitalisierung der Förderungsabwicklung

TOURISMUS & GASTRONOMIE

Was wir an unserem Land schätzen, schätzen auch unsere Gäste

Was wir an unserem Land schätzen, das schätzen auch unsere Gäste: Ein reichhaltiges Angebot an Kunst und Kultur, beeindruckende Veranstaltungen, außergewöhnliche Sportmöglichkeiten und malerische Landschaften – das wollen wir auch weiterhin in die nationale und internationale Auslage stellen.

Niederösterreich ist das Ausflugsziel Nummer eins in Österreich. Diese Position wollen wir nutzen, um aus unseren Ausflugs Gästen Nächtigungsgäste zu machen. Im Vergleich zu Ausflugs Gästen vervierfacht sich die Wertschöpfung bei Nächtigungsgästen. In den nächsten fünf Jahren rechnen wir insgesamt mit bis zu 4.000 zusätzlichen Gästebetten. Hierzu stehen zahlreiche Investitionsprojekte an, unter anderem am Semmering oder in Lackenhof am Ötscher. Darüber hinaus sollen aber die bestehenden Tourismusbetriebe dabei unterstützt werden, die Qualität ihres Angebotes zu verbessern.

Niederösterreich muss sich im Tourismusmarketing auf seine Stärken konzentrieren, hierzu zählt neben der Kulinarik, dem Wein, der Landschaft und der Kultur vor allem das Thema Rad: Wir haben die besten Voraussetzungen, um zur Rad-Destination Nummer eins im Herzen Europas zu werden. Jeder zehnte Euro, der in unserem Bundesland im Tourismus erwirtschaftet wird, kommt aus der Rad-Touristik. Wir sehen hier ein besonderes Potential bei den ausländischen Gästen: 55 Prozent aller Gäste aus dem Ausland haben Radfahren als Urlaubsmotiv angegeben. Daher soll der Rad-Tourismus im In- und Ausland besonders beworben werden.

Niederösterreich ist Heimat einzigartiger Gastronomiebetriebe, die wir wohnortnah auch in Zukunft erhalten wollen. Das Wirtshaus als gesellschaftlicher Treffpunkt ist ein wesentlicher Teil der Landesidentität unseres Bundeslandes. Um die Wirtshauskultur auch in Zeiten der Teuerung aufrecht zu erhalten, wird eine Wirtshaus-Prämie erarbeitet. Voraussetzung ist, dass der neue Wirt ein traditionelles und regionales Speisenangebot aufweist.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Weiterentwicklung Niederösterreichs vom Ausflugsland zum Urlaubsland – Qualitätsoffensive für Niederösterreichs Tourismusbetriebe (Gastgeber-Call)
- Touristische Entwicklung von Lackenhof am Ötscher und Semmering vorantreiben
- Neues System der Tourismusfinanzierung mit Zweckbindung von Beiträgen – Abschaffung der „Bagatellsteuer“ Interessentenbeitrag (NÖ Tourismusgesetz)
- Bewerbung Niederösterreichs als Radland Nummer eins im Herzen Europas
- Unterstützung des Erhalts der niederösterreichischen Wirtshauskultur (z.B. „traditionelle regionale Küche“, „Wirtshausprämie“, „Übernahmeförderung“)

UMWELT, KLIMASCHUTZ, ENERGIE & RAUMORDNUNG

Ein wichtiges und aktuell vordringliches Ziel muss in diesem Zusammenhang sein, die Energieunabhängigkeit weiter voranzutreiben, um noch unabhängiger von ausländischen Energielieferungen und weniger anfällig für europäische Netzschwankungen zu werden. Durch den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere von Photovoltaik, Windkraft und Biomasse, stärken wir die Versorgungssicherheit in Niederösterreich. Damit verbunden muss auch ein konsequenter Ausbau der Energienetze sein.

Die Rahmenbedingungen für eine grüne und unabhängige Zukunft Niederösterreichs zu schaffen ist Kernaufgabe der Politik in Niederösterreich in den kommenden Jahren. Die Anstrengungen dafür müssen auch als Chancen begriffen werden: für die Entwicklung neuer Technologien, für eine Transformation zu Green Jobs am Arbeitsmarkt, für die Schonung von Ressourcen in allen Lebensbereichen. Ein Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist dafür notwendig.

Darüber hinaus soll der Einstieg in die Kreislaufwirtschaft noch weiter forciert werden. Von der Hintanhaltung von Lebensmittelverschwendung bis hin zu einer größtmöglichen Wiederverwertung von Gütern und Produkten. Ein effizientes Abfallsammlungs- & Verwertungssystem ist dafür die Basis.

Als flächenmäßig größtes Bundesland kann Niederösterreich im Umweltschutz viel bewirken und ist sich seiner Verantwortung bewusst. Der Schutz vor Naturkatastrophen, der Erhalt intakter Lebensräume und letztendlich auch unserer Lebensqualität ist eng mit dem Umweltschutz verbunden.

Zudem wollen wir unsere Böden bestmöglich schützen – gleichzeitig muss eine Nutzung für Wohnraumschaffung, Arbeitsplätze und die Energiewende möglich sein. Wir wollen keine Zersiedlung und keinen unnötigen Bodenverbrauch, um damit gleichzeitig den Charakter der Dörfer und das Gesicht der Heimat zu erhalten.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Für den nötigen Ausbau der Erneuerbaren Energie (vor allem Windkraft und Photovoltaik) und der Netzinfrastruktur gelten folgende Rahmenbedingungen bzw. werden folgende Maßnahmen gesetzt:
 - Forcierung von Bürgerbeteiligungsmodellen
 - Erstellen eines Umsetzungsplans für den Stromnetzausbau durch die Elektrizitätsversorgungs-Unternehmen (EVUs) (--> Vorrang für Dachflächen und versiegelte Flächen vor Ackerflächen)
 - Massiver Ausbau der Stromspeichersysteme durch die EVUs („Quartierspeicher“)
 - Forderung an die EVUs, eine Anschlussgarantie für fertiggestellte PV-Anlagen binnen vier Wochen abzugeben
- Vom Bund verlangt Niederösterreich das Schaffen der Rahmenbedingungen für den massiven Ausbau der Netzinfrastruktur in den ländlichen Regionen sowie die Einführung von E10 in Österreich
- Weitere energiepolitische Schwerpunkte setzt das Land Niederösterreich in folgenden Bereichen:
 - Biogas-Offensive durch die Errichtung von Reststoff-Biogasanlagen mit Gas-Einspeisung ins öffentliche Erdgasnetz sowie neue Biomasse-Anlagen für mehr heimische Nahwärme
 - Bekenntnis zur Nutzung der Wasserkraft (Re-Powering)
 - Prüfung der Nutzung von Querbauwerken zur Erzeugung von Ökostrom
- Bezüglich der Raumordnung fährt Niederösterreich eine Bodenstrategie zur Vermeidung von unnötigem Bodenverbrauch durch folgende Maßnahmen:
 - Umsetzung und Fertigstellung der regionalen Leitplanungen
 - Stärkung der Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum und Schutz der Agrarräume
 - Bodenbilanz und Baulandmonitoring ausbauen und stärken
 - Innenentwicklung vor Außenentwicklung forcieren
 - Bodenbonus / Entsiegelungsprämie ausbauen
 - Keine neuen Bauland- und Eigentumssteuern
 - Landesweiter digitaler Ausgleichsflächenkataster (auch rückwirkend), um den Flächenverbrauch zu dokumentieren und transparent zu machen
- Stärkung der Kreislaufwirtschaft auf allen Ebenen – von der Produktion bis zur Abfallverwertung

VERKEHR

Mobilität in Blau-Gelb – Freie Fahrt in Niederösterreich

Niederösterreich soll in Bewegung bleiben. Dem Bedürfnis, vor allem aber der beruflichen Notwendigkeit der Mobilität, soll durch ein ausgebautes Angebot Rechnung getragen werden, bei dem alle Verkehrsträger (insbesondere Straße, Schiene, aktive Mobilität) eine gleichwertige Rolle spielen. Wir wollen das bestmögliche Mobilitätssystem für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher!

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Für Niederösterreich ist es als Flächenbundesland eine besondere Herausforderung, das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln so weit zu verbessern, um möglichst vielen Landsleuten eine passende Alternative zum motorisierten Individualverkehr anbieten zu können. Auch die in Niederösterreich vorherrschende Situation, dass viele Menschen für ihren Weg zur Arbeitsstelle auch die Grenzen des eigenen Bundeslandes überschreiten müssen, stellt eine Besonderheit dar, auf die in der Planung für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs Rücksicht genommen werden muss. Das Land wird in Abstimmung mit den ÖBB und anderen Mobilitätsdienstleistern die notwendigen Konzepte vorantreiben und umsetzen, damit der öffentliche Verkehr an Attraktivität gewinnt.

In der Frage der Weiterentwicklung des Verkehrs – sowohl auf der Straße, als auch auf der Schiene und auch beim Fuhrparkmanagement – bekennt sich Niederösterreich ausdrücklich zur Technologieoffenheit. Dies umfasst insbesondere Akku- und Wasserstofftechnologien ebenso wie den Einsatz von E-Fuels und sparsamen Verbrennungsmotoren. Auch der Einsatz von Brückentechnologien muss möglich bleiben. Das in der EU ab dem Jahr 2035 geplante Zulassungsverbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren wird abgelehnt. Das Land wird diese Position auch gegenüber dem Bund entschlossen artikulieren.

Der Individualverkehr wird auch in Zukunft eine entscheidende Rolle für die Mobilität in Niederösterreich haben. Um den sicheren und flüssigen Verkehr weiterhin zu gewährleisten und in Zukunft zu erhöhen, werden folgende Maßnahmen gesetzt:

- Festhalten an allen im Bundesstraßengesetz verankerten Projekten in Niederösterreich: S1 samt Lobautunnel, S8 und S34
- Ausbau der hochrangigen Straßeninfrastruktur insbesondere in strukturschwachen Regionen wie dem nördlichen Niederösterreich
- Festhalten am bundesländerübergreifenden Projekt einer Donaubrücke bei Mauthausen auf Basis des bereits gefassten Landtagsbeschlusses
- Evaluierung der Verkehrszeichendichte durch eine geeignete Institution (z.B. ÖAMTC) in je einer urbanen und ländlichen Modellregion mit dem Ziel, die Straße mit der festgelegten Geschwindigkeit durchgehend fahrbar zu machen. Umgang mit Immissionsschutzgesetz Luft („Luft-Hunderter“) bleibt unverändert
- Sicherheitsausbauten in der höchstrangigen Straßeninfrastruktur – etwa betreffend Kurvenradien, Mitteltrennungen oder Spurzulegungen werden ihrem Schutzzweck gemäß qualitativ hochwertig ausgeführt
- Ein Bekenntnis zum Individualverkehr schließt auch den Willen ein, diesen vor mutwilligen Störungen zu schützen. Dies erfordert ein entschlossenes und rechtlich effektiveres Vorgehen gegen sogenannte „Klimakleber“

Der Förderung und dem nötigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs wird Niederösterreich mit folgenden Maßnahmen Rechnung tragen:

- Errichtung von 6.000 neuen Park&Ride-Plätzen sowie 4.000 neuen Bike&Ride-Plätzen; zusätzlich Förderung von Fahrgemeinschaften, um die „letzte Meile“ möglichst attraktiv zu gestalten
- Bedarfsorientierte und flexible öffentliche Verkehrsangebote in den Regionen: kleine statt großer Busse auch im Sinne von Umweltschutz und Kostenersparnis, verstärkter Einsatz von Anruf-Sammeltaxis; eine besondere Chance liegt in der Kombination von Linienverkehr mit Bedarfsverkehr
- Attraktivierung der Franz-Josefs-Bahn durch einen selektiven zweigleisigen Ausbau zwecks Taktverdichtung; zusätzliches Augenmerk liegt auf dem Einsatz qualitativ hochwertiger Garnituren und der Modernisierung von Haltestellen und Bahnhöfen
- Attraktivierung der Schnell- und Regionalbahnen mit einem eigenen „Schnell- und Regionalbahnenpaket“
- Höhere Bahnhofsicherheit für die Benutzer, daher Sicherheitsoffensive auf Bahnhöfen, die über den Einsatz von ÖBB-Streetworkern hinausgeht; Projekte wie das Heimwegtelefon von ÖBB, Notruf NÖ und Land Niederösterreich sollen verstärkt werden
- Verbesserte öffentliche Anbindung (Straße und Schiene) der niederösterreichischen Regionen an die Landeshauptstadt („Landeshauptstadt-Express“)

Der öffentliche Verkehr erfordert häufig Konzepte, die über die Grenzen Niederösterreichs hinausreichen. Daher setzen wir uns in Zusammenarbeit mit Bund und Ländern für folgende Projekte ein:

- Forcierung des bundesländerübergreifenden öffentlichen Verkehrs durch Taktverdichtungen und entsprechenden Ausbau der Infrastruktur zwecks Verbesserung der Serviceleistung; Infosysteme für Pendler samt Auslastungs- und Reservierungsmanagement und einem Reservierungssystem für Park&Ride-Anlagen
- Schaffung einer weiteren Stammstrecke durch Wien, zumal die Trassenverbindung Meidling – Floridsdorf längst ausgelastet ist und daher die gesamte Ost-Region von einer zusätzlichen Strecke profitieren würde
- Gemeinsames Eintreten für die Verlagerung der Organisation und Finanzierung des Schülergelegenheitsverkehrs vom Bund an die Länder bei ausreichender Finanzierung durch den Familienlastenausgleichsfonds

Wichtige Schwerpunkte werden auch gesetzt, um den Güterverkehr verstärkt von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dies entlastet die Umwelt ebenso wie jene, die vom Schwerverkehr betroffen sind.

Daher sind folgende Maßnahmen geplant:

- Gemeinsame Evaluierung durch die ÖBB und das Land Niederösterreich von öffentlichen Güterumschlagszentren in den fünf Hauptregionen Niederösterreichs durch neutrale Betreiber samt öffentlicher Verladegleise
- Ermöglichung von Anschlussbahnen für Großbetriebe insbesondere durch Klärung raumordnungsrechtlicher Fragen
- Forcierung des Einzelwagenverkehrs bei Güterzügen
- Erarbeitung einer Potentialanalyse für den Güterverkehr durch die NÖVOG
- Weiterentwicklung der Entlastungsmaßnahmen für die Bevölkerung vor nächtlichen Beeinträchtigungen durch den Schwerverkehr

WIRTSCHAFT

Standortvorteil für das Unternehmerland Niederösterreich

Niederösterreichs Wirtschaft steht vor einem tiefgreifenden Wandel in den kommenden Jahren. Die Digitalisierung, der Mitarbeitermangel und die hohen Energiekosten werden den Wirtschaftsstandort verändern. Als Land Niederösterreich wollen wir den Betrieben und ihren Mitarbeitern bestmögliche Rahmenbedingungen bieten und sie bei der Bewältigung dieser Herausforderungen tatkräftig unterstützen.

Wir wollen Niederösterreich zu einer der führenden smarten, nachhaltigen Wirtschaftsregionen Europas machen. Das heißt, wir treiben den Breitbandausbau voran und setzen auf das Thema Digitalisierung, vor allem durch das „Haus der Digitalisierung“ in Tulln. Wir unterstützen unsere Wirtschaft mit gezielten Förderungen und konzentrieren uns auch auf den ländlichen Raum.

Niederösterreich ist ein Gründerland. Jede fünfte Unternehmensgründung findet in Niederösterreich statt. Daher ist es wichtig, das umfangreiche Service im Rahmen des Projekts „Gründerland Niederösterreich“ auszubauen.

Niederösterreich ist auch ein Land der Exporteure. Jeder zweite erwirtschaftete Euro und jeder fünfte Arbeitsplatz in Niederösterreich sind mit dem Export verbunden. Daher legen wir auf dieses Thema einen besonderen Fokus.

Unternehmer schaffen Wertschöpfung und sichern Arbeitsplätze und Wohlstand für unsere Landsleute. Deshalb wollen wir ihnen in unserem Bundesland ein besonders unternehmerfreundliches Umfeld bieten. Nur ein attraktiver Wirtschaftsstandort mit vitalen Unternehmen und motivierten und leistungsfähigen Mitarbeitern kann den Wohlstand in Niederösterreich sichern.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Bekämpfung des Fachkräftemangels durch Ausbau der Mensch und Arbeit GmbH
 - Verstärkung der Kompetenzorientierung am Beispiel der Pflegekoordinierungsstelle
 - Ausbau hin zur Servicestelle für qualifizierte Fachkräfte
- Niederösterreich als smarte, nachhaltige Wirtschaftsregion weiterentwickeln
 - Breitbandausbau via NÖGIG vorantreiben
 - Digitalisierungsförderung für KMU „digi4wirtschaft“ fortführen
 - Betriebsansiedlungsoffensive mit One-Stop-Shop – Fokus auf Schlüsselindustrien wie Medikamentenproduktion
 - Stärkung des ländlichen Raums durch Regionalförderung (ecoplus als Regionalförderstelle auch in der nächsten Förderperiode)
- Weiterentwicklung des Projekts „Gründerland Niederösterreich“ (Service für Betriebsgründungen) inkl. Forcierung der Unterstützung für Gründer und Start-ups durch den „Gründerzuschuss“ und NÖ Bürgschaften und Beteiligungen (NÖBEG)
- Weitere Stärkung der Exportwirtschaft in Niederösterreich
- Fortführung regionaler Vergaben im Rahmen der Vergaberichtlinien
- Maßnahmen wie den NÖ Handwerkerbonus bei konjunkturellem Bedarf forcieren
- Weiterführung des Bürokratieabbaus und der Deregulierung für Betriebe im NÖ Landesrecht und serviceorientierte Behördenverfahren (z.B. kein Erfordernis für Mehrfachmeldungen)
- Weiterführung der Digitalisierungsoffensive des Landes mit starkem Fokus auf Benutzerfreundlichkeit und Serviceorientierung
- Klares Bekenntnis: Keine LKW-Maut auf Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen

WISSENSCHAFT

Innovative Forschung schafft die Grundlage für moderne Arbeitsplätze

Niederösterreich ist heute ein international anerkannter Wissenschaftsstandort, der einen direkten und immer wichtiger werdenden Einfluss auf die Bereiche Wirtschaft und Arbeit nimmt. Dieser Weg zur Weltspitze soll weiter fortgesetzt werden. Die Forschungseinrichtungen sollen Anziehungspunkt für exzellente Wissenschaftler aus aller Welt werden. Wir wollen deshalb sicherstellen, dass Wissenschaft, Forschung und Innovationen weiterhin einen hohen Stellenwert in unserem Land haben. Wir wollen, dass Wissenschaft und Wirtschaft weiter Hand in Hand zusammenarbeiten und attraktive Arbeitsplätze in unserem Land schaffen. Deshalb investieren wir weiter in den Bereich der Wissenschaft und Forschung, um Innovationskraft zu schaffen – für den Wohlstand von morgen.

Im Bereich der Wissenschaft setzen wir ganz bewusst einen Schwerpunkt: Wir wollen hier nicht mit der Gießkanne fördern, sondern in bestimmten Handlungsfeldern gezielt Schwerpunkte setzen, um nationale und internationale Sichtbarkeit zu erreichen: Gesundheit und Ernährung; Umwelt, Klima und Ressourcen; Digitalisierung, intelligente Produktion und Materialien sowie Gesellschaft und Kultur. Es handelt sich bei diesen Handlungsfeldern um große gesellschaftliche Herausforderungen, in denen Forschung, Technologie und Innovation Antworten zu drängenden Fragen finden sollen.

Ein besonderer Leuchtturm entsteht in Hainburg. Das Land Niederösterreich bekennt sich dazu, in Hainburg einen Ausbildungshotspot zum Thema Biotechnologie aufzubauen. So sollen Biotechnologie und Technik am Standort vom Kindergarten über Volksschule bis Gymnasium als Schwerpunktthema etabliert werden. Mit Herbst 2025 sollen außerdem am Standort Hainburg durch die Fachhochschulen Wiener Neustadt und Krems insgesamt 480 Studienplätze im Bereich der Biotechnologie entstehen.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- Etablierung des „Biotechcampus“ Hainburg durch Integration von MINT-Fächern in allen dort regional anzusiedelnden Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Fachhochschule
- Ausbau und Weiterentwicklung des ISTA Klosterneuburg im Rahmen der Art.15a-Vereinbarung mit dem Ziel von 100 Forschungsgruppen und 1.000 Mitarbeitern
- Forcierung des bestehenden Angebotes der „Themenbörse“ für wissenschaftliche Arbeiten
- Verstärkte Unterstützung der Institutionen bei der Akquise von Drittmitteln als Teil der FTI-Strategie

WOHNEN

Für ein Land, in dem die eigenen vier Wände leistbar bleiben

Leistbares Wohnen für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ist das erklärte Ziel unseres Landes. Dabei setzen wir sowohl im Bereich dauerhaft leistbarer Mieten als auch bei den Möglichkeiten zur Schaffung von Eigentum wirksame Maßnahmen. Leistbare Mieten sind auch eine Grundvoraussetzung, um für einen späteren Eigentumserwerb ansparen zu können.

Niederösterreich soll auch als Land der Eigentümer gestärkt und ausgebaut werden. Im gemeinnützigen Wohnbau soll daher Mietern ein verpflichtendes Angebot gemacht werden, im Zeitraum von 5 bis 15 Jahren nach Einzug Eigentum erwerben zu können.

Um leistbares Wohnen gewährleisten zu können, wird Spekulation hintangehalten. Insbesondere darf es keine Anlegerwohnungen im gefördert errichteten und gemeinnützigen Wohnbau geben. Zudem soll der Bedarf an gemeinnützigem Wohnungsneubau in den niederösterreichischen Regionen unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung erhoben werden, um entsprechende Schritte daraus ableiten zu können. Neben dem Neubau – insbesondere das Modell „Junges Wohnen“ wird forciert – wird ein Schwerpunkt auf sinnvolle Sanierungen und Renovierungen gelegt. Wohnen und Arbeiten an einem Ort soll durch entsprechende Infrastruktur im gemeinnützigen Wohnbau erleichtert werden (Co-Working-Space, Gigabit-Anschluss etc.)

Integration wird zur Voraussetzung für die Vergabe von Leistungen aus der Wohnbauförderung. Es wird geprüft, bei den Vergaberichtlinien für den Bereich „Junges Wohnen“ einen Vorrang für jene Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher einzuräumen, die einen sozialen Bezug vorweisen und/oder einen Beitrag für das Land leisten. Auch das Modell „Junges Wohnen“ soll forciert werden.

In Niederösterreich wird eine Expertengruppe zur laufenden Evaluierung der rechtlichen Grundlagen für praxisgerechte Regelungen für leistbaren Wohnbau und die Wohnraumsanierung/-renovierung eingerichtet. Insbesondere werden Bauordnung, Bautechnikverordnung, OIB- Richtlinien und die Wohnbauförderungsrichtlinien mit dem Ziel evaluiert, „gold-plating“ zu vermeiden. Alternative Wohnbauförderungskonzepte sollen unter Beachtung der sich verändernden Zinslandschaft geprüft werden. Problematiken rund um Zinssprünge im Bestand werden evaluiert.

Ein wichtiges Anliegen ist dem Land Niederösterreich die Belebung der Ortskerne. Derzeit werden rund 30 Prozent des Bauvolumens im geförderten Wohnbau im Ortskern umgesetzt. Weitere Anreize und Anpassungen sollten den Anteil in Richtung 50 Prozent heben. Medizinische Einrichtungen, Nahversorger sowie generell gewerbliche Einrichtungen werden forciert.

Folgende konkrete Maßnahmen werden in der kommenden Legislaturperiode gesetzt:

- **Niederösterreich als Land der Eigentümer stärken und ausbauen; im gemeinnützigen Wohnbau verpflichtendes Angebot an Mieter, im Zeitraum von 5 bis 15 Jahren nach Einzug, Eigentum im Einklang mit dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz erwerben zu können**
 - Leistbare Mieten auch als Voraussetzung zur späteren Schaffung von Eigentum
 - Sozialen Lenkungseffekt im gemeinnützigen Wohnbau stärken
 - Spekulation mit Wohnraum durch Käufer und Investoren hintanhaltend; insbesondere keine Anlegerwohnungen im gefördert errichteten sowie gemeinnützigen Wohnbau
- **Etablierung eines sozial treffsicheren Härtefallfonds für unverschuldet in finanzielle Not geratene Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher auch in nicht geförderten Mietobjekten, der in Akutsituationen temporär Hilfe leistet**
- **Laufende Evaluierung des Bedarfs an gemeinnützigem Wohnbau in den NÖ Regionen unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung**
- **Prüfung der Vergaberichtlinien im Bereich „Junges Wohnen“ hinsichtlich eines Vorrangs für jene neu nach Niederösterreich Zugezogenen, die einen sozialen Bezug zu Niederösterreich haben oder einen Beitrag für das Land leisten (z.B. Berufstätigkeit in NÖ)**
- **Integration als Voraussetzung für den Bezug von Wohnbauförderungsleistungen und insbesondere den Zugang zu gefördertem und gemeinnützigem Wohnraum (förderbarer Personenkreis gemäß Modell Oberösterreich – auch im Sinne des § 8 WGG idF Novelle 2019, Zugangsvoraussetzungen)**
- **Forcieren des Modells „Junges Wohnen“, um jungen Menschen günstigen Wohnraum zu ermöglichen**
- **Schwerpunkt auf sinnvolle Sanierung und Renovierung; Wohnbauförderung soll sich zusätzlich zum Neubau noch stärker auf wirtschaftlich sinnvolle Sanierungen und Renovierungen fokussieren**

■ **Ortskernbelebung**

- Hebung des Bauvolumens im Ortskern im geförderten Wohnbau in Richtung 50 Prozent
- Forcieren von Nahversorgern, medizinischen Einrichtungen und gewerblicher Nutzung in Ortskernen
- **Einrichtung einer gemeinsamen Expertengruppe zur laufenden Evaluierung der rechtlichen Grundlagen für praxisgerechte Regelungen für leistbaren Wohnbau und Wohnraumsanierung bzw. -renovierung**
 - Heranführung der Baukosten im geförderten Wohnbau weitgehend an jene der NÖ Bauordnung
 - Vermeidung von gold-plating in Bauordnung, Bautechnikverordnung, OIB-Richtlinien und Wohnbauförder-Richtlinien
 - Offensive für den nachwachsenden Rohstoff Holz im Wohnbau
 - Evaluierung alternativer Förderungsmodelle unter Beachtung der sich verändernden Zinslandschaft; Evaluierung der aktuellen Förderungsregeln unter Berücksichtigung tilgungsplanmäßiger Zinssprünge („Zins-Gap“)
 - Evaluierung der Ausgestaltung der Bausperre gem. Raumordnungsgesetz im Sinne der Transparenz
 - Stärkung subjektiv-öffentlicher Rechte bei Großvorhaben
- **Chancen der Digitalisierung nutzen: Wohnen und Arbeiten an einem Ort durch entsprechende Infrastruktur im gemeinnützigen Wohnbau (Co-Working-Space, Gigabit-Anschluss etc.)**
- **Transparenz und Aufsicht: Förderstopp für künftige Projekte bei Einleitung eines Mängelbehebungsverfahrens gem. § 29 WGG**

ZUSAMMENARBEIT

Effiziente Arbeitsstrukturen für die besten Lösungen für Niederösterreich

Die Herausforderungen im Land Niederösterreich in der XX. Gesetzgebungsperiode sind umfassend und vielfältig. Eine gute Zusammenarbeit für das Land und seine Bürger bedeutet eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den Institutionen des Landes, allen voran in Landesregierung und Landtag. Die Grundlagen dafür sind Vertrauen, Respekt und Fairness im Verhältnis der Parteien dieses Arbeitsübereinkommens und im Verhältnis mit allen in der Landesregierung und im Landtag vertretenen Parteien.

Zur Umsetzung dieses Arbeitsübereinkommens für Niederösterreich wurden folgende Arbeitsweisen vereinbart, um ein gemeinsames Abstimmungsverhalten in der Landesregierung, im Landtag und seinen Ausschüssen sicherzustellen:

Beide Parteien benennen jeweils einen Regierungskordinator aus dem Kreis der Mitglieder der Landesregierung oder der Landtagsklubs. Diese bereiten die Regierungssitzungen vor und stimmen die Themen und den Modus dafür ab. Besteht zwischen den Regierungskordinatoren kein Konsens, sind Vorhaben nicht auf die Tagesordnung zu nehmen. In diesem Fall legen die Landesparteiobleute die weitere Vorgangsweise fest.

Um die Umsetzung des Arbeitsübereinkommens zu gewährleisten, vereinbaren die Landesparteiobleute mit den Regierungskordinatoren einen Fahrplan für die zeitliche Umsetzung der einzelnen Punkte. Dieser Fahrplan umfasst sowohl die Tätigkeiten der Landesregierung wie jene des Landtages.

Ebenfalls von den Regierungskordinatoren vorzubereiten sind die Verhandlungsgegenstände für die Tagesordnung des Landtages und seiner Ausschüsse.

Es wird vereinbart, dass selbstständige Anträge von Abgeordneten, selbstständige Anträge von Ausschüssen, Anträge auf Volksbefragungen und Volksabstimmungen sowie Resolutionen an die Landesregierung gemeinsam eingebracht und abgestimmt werden. Bei Anträgen von anderen Parteien wird vereinbart, dass sich die Abgeordneten der Klubs der Volkspartei Niederösterreich und der Freiheitlichen Partei Niederösterreich weder in den Ausschüssen noch im Plenum überstimmen.

Entschlüsse, die die Tätigkeit der Bundesregierung, der Europäischen Union oder anderer internationaler Organisationen zum Inhalt haben, sind von der oben dargestellten gemeinsamen Vorgangsweise nicht umfasst.

Medieninhaber
Land Niederösterreich

Druck/Layout
Amt der NÖ Landesregierung

Anschrift
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten